

wird die Erinnerung an die deutschen Ostgebiete Bestandteil eines familiär vermittelten und veränderten Selbstverständnisses. Zudem wurden Nachwuchsorganisationen wie die „Schlesische Jugend“ gegründet, deren Bundesvorsitzender Gernod Kresse sich im Übrigen im Internet schon einmal mit einer Fahne in der Hand zeigt, auf der das Logo der „Republikaner“ prangt. Doch interessiert sich die deutsche Jugend im Allgemeinen überhaupt noch für das Schicksal der Vertriebenen? Bei der Beantwortung dieser Frage offenbart sich ein etwas paradoxes Verhältnis – zumindest wenn man Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach glaubt. Aus seiner im Herbst 2005 vom Haus der Geschichte publizierten Studie „Flucht und Vertreibung aus Sicht der deutschen, polnischen und tschechischen Bevölkerung“ geht hervor, dass „die heute unter Dreißigjährigen über Schlesien und das Sudetenland nicht wesentlich mehr als über afrikanische Länder“ wissen. Nur 18 Prozent der Befragten dieser Altersgruppe konnten zum Beispiel auf einer vorgegebenen Landkarte genau angeben, wo Schlesien liegt. Zugleich jedoch stufen die unter 30-Jährigen den emotionalen Bezug zu dem Thema weitaus höher ein als diejenigen Generationen, die mehr über die Vertreibung wissen. Gefühlte statt gewusste Geschichte – vielleicht ist das auch eine Erklärung dafür, weswegen die Thematik immer noch in der gesellschaftlichen Erinnerung verankert ist. Und glaubt man der Vizevorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag, Angelica Schwall-Düren, dürfte sich diese Verankerung auf absehbare Zeit wohl auch nicht lockern: „Die deutsche Gesellschaft wird immer älter und im Alter fragt man ganz bewusst nach seinen Wurzeln.“ Um diesen Wurzeln und den damit verbundenen tragischen Schicksalen ein Zeichen zu setzen, erklärten der Bundesvorstand und das Präsidium des BdV 1999 den Willen, ein Projekt zur Dokumentation und Aufarbeitung der deutschen und europäischen Vertreibungen auf den Weg zu bringen. Ein Jahr später wurde die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ gegründet. Zwar war bereits 1955 auf dem

Theodor-Heuss-Platz in Berlin ein Denkmal für die Opfer von Flucht und Vertreibung entstanden. Doch das allein reichte den Verantwortlichen des BdV nicht – auch, weil das graue Monument zu klein ist, um selbst von den Berlinern wahrgenommen zu werden.

Die Idee des Museumbaus sollte schwere deutsch-polnische Verstimmungen nach sich ziehen. Wie bereits angeschnitten, sieht Polen in der Zwangsumsiedlung der Deutschen nichts anderes als die logische Konsequenz der brutalen Eroberungspolitik der Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg. Zwar wird auch östlich der Oder nicht geleugnet, dass die Zwangsmaßnahmen auch unschuldige Deutsche ereilten, die weder den Nationalsozialismus unterstützt noch vom Krieg profitiert hatten. Zugleich sind sich die Polen auch der Tatsache bewusst, dass die Umsiedlungen alles andere als gewaltlos abgelaufen sind. Trotzdem würde Warschau wohl niemals von der Einstellung abrücken, dass die Zwangsumsiedlung nichts anderes als eine konsequente Strafe für die Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges war. Der östliche Nachbar erinnert sich genau, dass es nicht zuletzt in den damaligen deutschen Ostgebieten nicht gerade wenige überzeugte und fanatische Nationalsozialisten gegeben hatte. Zugleich wundern sich sowohl Polen als auch Tschechen, warum zahlreiche deutsche Politiker von ihnen eine Entschuldigung für die Vertreibungen, Entschädigungen und schließlich die Aufhebung der Beneš- und Bierut-Dekrete fordern, zugleich gegenüber Russland aber keine Ansprüche erhoben werden, obwohl auch aus der Region des früheren Königsberg (heute Kaliningrad) Deutsche vertrieben wurden. Kurzum: Die Problematik war und ist komplex. Und insbesondere seit 1998, dem Jahr, in dem Erika Steinbach Präsidentin des BdV wurde, geht es in der deutsch-polnischen Auseinandersetzung um die Exklusivität der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und eine geschichtspolitische Weichenstellung für die Zukunft.

Die „kühle Blonde“ im Bund der Vertriebenen

Der Funktionärswechsel an der Spitze des BdV war sicherlich ein Grund dafür, dass das Thema der Vertriebenen in der Öffentlichkeit ein Comeback erlebte. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, die die Führung des BdV von Fritz Wittmann (CSU) übernahm und in den Medien oft als „kühle Blonde“ mit einer umstrittenen Vertriebenenvita dargestellt wird, machte sich zügig und voller Tatendrang an ihre neue Aufgabe. Aus der Sicht der Vertriebenen muss man sie wohl als Glücksgriff bezeichnen. Die studierte Geigenspielerin war die richtige Frau am richtigen Ort, die seitdem versuchte, die Anliegen der Vertriebenen in ein fortschrittliches, menschenrechtliches Gewand zu kleiden und somit den BdV aus dem Rand der Gesellschaft in seine Mitte zu führen.

Als erste Amtshandlung unterstützte Steinbach im Mai 1998 eine Vertriebenenresolution des Bundestages, die entscheidend zu einer Klimaverschlechterung in den deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Beziehungen beitrug. Unter dem Druck des „rechten“ Flügels der CDU/CSU-Fraktion und angesichts der anstehenden Bundestagswahlen akzeptierte Bundeskanzler Helmut Kohl diese Resolution, die die Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Gebieten als „großes Unrecht“ und „völkerrechtswidrig“ verurteilte. Zugleich unterstrich der Bundestag, dass nach dem EU-Beitritt Polens und der Tschechischen Republik auch die Vertriebenen das Recht haben sollten, sich auf den ehemals deutschen Gebieten anzusiedeln. Obwohl von dem Parlament inhaltlich eigentlich nichts Neues verabschiedet wurde, veränderte sich das Klima. Der polnische Sejm reagierte mit einer Gegenresolution, schnell war von einem „Papierkrieg“ die Rede.

In den Sommermonaten des Jahres 1998 wurde Steinbach zum Sprachrohr eines neuen Selbstverständnisses der Vertriebenen. Mitten im Bundestagswahlkampf sagte die neue Vorsitzende, dass die „Vertreibungsuntat“ ein „Stachel

im Fleisch“ der deutsch-polnischen Beziehungen sei und sich Polen als „Vertreiberstaat“ dafür entschuldigen müsse. Dass die Sache der Vertriebenen von der Union im Wahlkampf thematisiert wurde, war nichts Ungewöhnliches. Das Neue an Steinbachs Forderungen war aber nicht nur die Deutlichkeit und Vehemenz ihres Ansinnens, sondern auch die semantische Brisanz ihrer Äußerungen. Mit Begriffen wie „Vertreibungsuntat“ bediente sie sich einer Sprache der Anklage. Sie ersetzte zudem nationalistisch geprägte Begrifflichkeiten durch Termini wie Demokratie, Menschenrechte und Versöhnung. In der mitteleuropäischen Wahrnehmung erschien die CDU-Politikerin damit als eine Person, die für sich, im Gegensatz zum Rest der deutschen Gesellschaft, ein sauberes Gewissen reklamierte. Und auf eine emotionale Herangehensweise der Deutschen an den Zweiten Weltkrieg reagierte Polen schon immer hochsensibel. Für die „Ziehtochter“ des nationalkonservativen CDU-Politikers Alfred Dregger war die Verabschiedung der Bundestagsresolution ein klarer „Traumstart“, durch den sich auch die Wahrnehmung der Vertriebenen änderte. Ein unerwartetes „Kompliment“ für ihren Arbeitseifer bekam die Vertriebenenchefin im September 2006 von Jarosław Kaczyński, der damals sagte: „Es gab mal eine Zeit, in der es so aussah, als würde sich der Charakter der Vertriebenenverbände ändern, aber dann kam Frau Steinbach und die Sache hat ein neues Ausmaß genommen.“

Steinbach war erfolgreich und zugleich in Polen sehr unpopulär. Polnische Kinder lernen bereits sehr früh zwischen zwei „Arten“ von Deutschen zu unterscheiden: Danach gibt es auf der einen Seite die guten Deutschen, zu denen Papst Benedikt XVI. oder der Kabarettist Steffen Möller („Viva Polonia“) zu zählen sind, und auf der anderen Seite die bösen Deutschen wie beispielsweise Erika Steinbach. Dass diese Kategorisierung natürlich zu eindimensional ist und an der Realität vorbei geht, bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung. Die Vertriebenenchefin beschwert sich jedenfalls seit ihrem Amtsantritt, dass sie in